

April, abends stattfindenden  
Vier  
sich eingeladen  
ngvereins:  
über den  
orms.  
-Vereins:  
hr, haben Kinder  
tritt.  
v. Volksbund  
Landgerichtsrat.  
scher Hof.  
Sonntag  
genwart  
programm.  
wegen ander  
er Samstag  
Somme  
ret!  
onntag  
Suppe  
ittet  
erger.  
reichenbach  
einen  
Luq  
s z. „Hirsch“  
enbach  
und Tanz, wo  
Steininger.  
Ms., macht der  
euhausen  
z=  
Luq  
„Hirsch“  
ett,  
Vereins hergibt  
Der Vorstand.  
re ab steht ein  
u. Läufer  
e  
röße“  
er laden ein  
b Mehger,  
lingen.



Nr. 87. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.  
Samstag, 16. April 1921.  
Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellgeld 12.00 Viertel-Jährlich, Postbezugspreis 21.00 mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vorabends.

### Zur auswärtigen Lage.

#### Verband zur Reparationsfrage.

Paris, 16. April. Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte gestern Briand, einer Savas-Meldung zufolge, daß wenn Deutschland bis zum 1. Mai neue Angebote mache, er es nicht übernehmen würde, mit den deutschen Vertretern in neue Verhandlungen zu treten ohne vorher Bürgschaften erhalten zu haben, um auf diese Weise eine Fortsetzung der ausweichenden Politik zu verhindern, die das Reich sonst zu betreiben versucht wäre. — In Beantwortung einer Anfrage sagte Briand, daß er sich weigere, Unterhandlungen durch Mittelspersonen anzunehmen, ganz gleich, wer diese seien. Wenn Verhandlungen stattfinden, so werden sie direkt zwischen den Vertretern der Alliierten und denen der deutschen Regierung geführt. Was die Maßnahmen anbetrifft, die getroffen werden sollen, falls Deutschland auf seiner Weigerung beharrt, seinen Verpflichtungen nachzukommen, so teilte Briand dem Ausschuß mit, daß diese Frage ganz die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch genommen habe. Sie habe bereits einen Gesamtplan ins Auge gefaßt, der aber nur im Einvernehmen mit allen Alliierten und erst nachdem diese darüber befragt worden seien, in Anwendung gebracht werden könne. Die Prüfung dieses Planes wird von dem Ministerpräsidenten unter Zugleichung der übrigen Minister und Sachverständigen energisch betrieben. Briand versicherte, daß auf alle Fälle, wenn Frankreich neue Opfer bringen müsse, wie z. B. durch die Einberufung einer oder zweier Jahresklassen infolge der Ausdehnung der Besetzung in Deutschland, diese Opfer sofort kompensiert würden. Das besetzte Gebiet werde so organisiert werden, daß Erhebungen sofort vorgenommen werden könnten und Frankreich höhere Bürgschaften für die Gutmachung der Schäden erhalte. Auf eine Anfrage betreffend den Zepplin, der angeblich Oberschlesien überflogen hat, erklärte der Ministerpräsident, daß ihm über die Angelegenheit nichts bekannt sei. Er wurde jedoch durch diese Anfrage veranlaßt, sich über die Folgen der Volksabstimmung in Oberschlesien auszusprechen. Er gab an, daß der Vertrag von Versailles wie auch der zum Ausdruck gekommene Wille der Bevölkerung das Recht geben, eine Teilung des Abstimmungsgebietes vorzunehmen, und zwar derart, daß man Polen den Gruben- und Hüttenbezirk zuteile und Deutschland die landwirtschaftliche Zone. — Bezüglich der neuen Vorschläge die Deutschland vor dem 1. Mai machen könnte, erklärte Briand, daß aller Wahrscheinlichkeit nach dieses Angebot sich in der Hauptsache auf Arbeitskräfte und Materialien beziehen würde. Er gab zu verstehen, daß diese Art der Reparation günstig aufgenommen werden könne, jedoch unter der Voraussetzung, daß Deutschland einen genaueren Plan zur Zusammenarbeit vorlege als dies in Spaa geschehen sei.

#### Eine recht schwierige Situation.

London, 15. April. Die „Morning Post“ verächtigt Berlin, bei den augenblicklichen inneren Schwierigkeiten Englands die Hand im Spiel zu haben. Anknüpfend an die gestrige Unterhaus-Erklärung Lloyd Georges, daß keinerlei Uebereinkommen mit Frankreich bezüglich der gegen Deutschland anzuwendenden Zwangsmaßnahmen getroffen worden ist, wenn Deutschland am 1. Mai seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommt, schreibt das Blatt: Die englische Regierung steht augenblicklich vor der Frage, ob sie Frankreich unterstützen will bei den Maßnahmen, die Frankreich beabsichtigt, oder ob sie in Untätigkeit beiseite stehen will. Wenn England sich weigert, Frankreich zu unterstützen, wenn es seine deutsche Pflicht ist, dies zu tun, dann kann es auch von Frankreich keine Unterstützung erwarten, wenn seine eigene Zeit der Prüfung kommt. Der Vormarsch in das Ruhrgebiet wird ein kritischer Punkt in der Geschichte Großbritanniens und ein Scheideweg sein. Wenn England zu Frankreich hält, dann ist die Entente befestigt und Frankreich und England bleiben dann nicht nur Freunde, sondern auch Alliierte. Wenn England jedoch beiseite steht und Frankreich gestattet, allein vorzugehen, dann öffnet England einen Spalt, der sich mit jedem neuen Schritt erweitert. Belgien, das in einer weit größeren Versuchung steht, wird sich wohl ohne jedes Zaudern an die Seite Frankreichs stellen. Der einzige ungewisse Faktor ist England und England kann nach den Erklärungen Lloyd Georges auf der Londoner Konferenz kein ungewisser Faktor sein. Auf die damaligen mutigen Worte Lloyd Georges müßten jetzt Taten folgen.

#### Neues Angebot Deutschlands in der Reparationsfrage.

Die „Börsliche Zeitung“ hört, daß die Reichsregierung voraussichtlich in der Lage sein wird am kommenden Dienstag vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Reichstags Erklärungen über das neue deutsche Angebot in der Repara-

tionsfrage abzugeben. Heute morgen habe Reichsminister Dr. Simons mit den Gewerkschaftsführern ausführende Besprechungen über die deutschen Wiederaufbaupläne gehabt.

#### Nur Vermittlungen. — Keine Vermittlung der Schweiz.

Unter den Kombinationen, die sich mit der Reise des Außenministers Simons nach der Schweiz beschäftigen, befindet sich auch die, daß er den schweizerischen Bundespräsidenten Schulthess um eine Vermittlung in der Reparationsfrage angegangen habe. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, ist über eine derartige Vermittlung zwischen Dr. Simons und Schulthess niemals verhandelt worden.

#### Die obereschlesische Frage vor der Volkskammerkongress.

Paris, 15. April. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird die obereschlesische Frage zweifellos demnächst vor die Volkskammerkongress gelangen. Es sei aber wahrscheinlich, daß die Lösung des Problems der Entscheidung des Obersten Rates anheim gestellt werde. Das Blatt erinnert daran, daß während der Verhandlungen der Friedenskonferenz zuerst vorgeschlagen worden war, die Volksabstimmung erst nach dreijähriger Verwaltung Oberschlesiens durch die interalliierte Kommission stattfinden zu lassen. Man habe sich darin geeinigt, daß die Abstimmung nach 18 Monaten erfolgen müsse. Es sei aber beschlossen worden, alle wünschenswerten Maßnahmen zu treffen, um die obereschlesische Bevölkerung vom deutschen Druck (1) zu befreien. Kamentlich habe man die Industriemagnate, die Großgrundbesitzer und die Lehrer entfernen wollen, die alldenkliche Propaganda treiben. Der Zweck dieser Behauptungen des „Petit Parisien“ ergibt sich aus dem Zusatz: Jetzt wisse man aber, daß trotz der größten Aufmerksamkeit Einschüchterungsmanöver stattgefunden hätten. Die Schiedsrichter von 1921 würden sich also der Entscheidung erinnern, die 1919 getroffen worden waren.

#### Das Ende des Völkerbundes?

Rom, 15. April. Bei Besprechung der Volkschaft Harding's hebt der „Observatore Romano“ die Wendung der Volkschaft über die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts, dem die Vollmacht erteilt werden soll, vorkommendenfalls Zwangsmassnahmen anzuwenden, hervor. Das Blatt bemerkt, wenn dies die Meinung Harding's sei, so nähere er sich der Auffassung des päpstlichen Stuhles. Der „Observatore“ fügt hinzu, die Volkschaft Harding's bedeute die Verurteilung und das Ende des Völkerbundes.

#### Zur Anschließungsabstimmung. — Wie ein Mann für Deutschland.

Zürich, 16. April. Gestern fand ein großer Demonstrationzug gegen das Anschlußverbot der Entente statt. Die Teilnehmer zogen vor das Gebäude des Landeskulturrats, wo Landeshauptmann Schräfl eine Ansprache hielt, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß auch die übrigen Mitglieder der Landesregierung sich seiner Ueberzeugung von dem Recht der Volksbefragung anschließen würden. Auch die organisierte Bauernschaft werde sich für die Anschließungsabstimmung aussprechen. Von einer Korrespondenz sei gemeldet worden, daß die Bundesregierung von der Landesregierung die Anschließungsabstimmung der für den 24. April angeordneten Volksbefragung verlangt und der Landesregierung den Vorwurf gemacht habe, daß sie auf den Anschluß hinzuleitenden Umtriebe dulde. (Stürmische Zurufe.) Die Landesregierung werde aber sofort die Forderung der Bundesregierung ablehnen. (Zosender Beifall.) Die Tiroler würden wie ein Mann für den Anschluß an Deutschland stimmen. Unter dem Aufse: „Auf Wiedersehen am 24. April!“ schloß der Redner seine Ansprache, worauf die Menge entblühten Hauptes das „Andreas Hofer-Lied“ anstimmte. Ohne Zwischenfälle löste sich der Zug auf.

#### Die Albaner gegen die Südslawen.

Rom, 15. April. (Stefani.) Wie der „Messaggero“ aus Durazzo meldet, wächst die albanische Erhebung gegen die Südslawen. Die Albaner töteten südslawische Beamte. Polizei mußte eingreifen. Es wurden Häuser in Brand gesteckt und etwa 30 Personen getötet.

#### Schlimmes Echo aus Dublin.

London, 15. April. Die Blätter melden aus Dublin die Ermordung von Sir Arthur Wears durch 30 Sinn-Feliner. Das Haus wurde in Brand gesteckt und völlig zerstört.

#### Der freie Handel in Petersburg.

Kopenhagen, 15. April. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, erließ das Exekutivkomitee des Petersburger Sowjets eine Verfügung über die Wiedereinführung des freien Handels in Petersburg. Wie in Moskau müssen Handeltreibende das 18. Lebensjahr vollendet haben und dürfen weder arbeitspflichtig noch zum Kriegsdienst einberufen sein.

### Zur Lage in England.

#### Abgabe des Generalstreiks in England.

London, 15. April. Reuter. (Nachmittags 4.15 Uhr.) Thomas hat bekanntgegeben, daß der für heute abend angelegte Streik widerrufen wird.

London, 15. April. Der auf heute abend 10 Uhr festgesetzte Streik der Transportarbeiter und Eisenbahner wurde abgelehnt. Als Grund dafür gab der Sekretär des Verbands der Maschinenisten und Heizer die Weigerung der Bergarbeiter an, trotz des Antrats des Nationalverbandes der Eisenbahner, der Transportarbeiter und der Organisation der Maschinenisten und Heizer in weitere Verhandlungen zu treten. — Einer „Exchange“-Meldung zufolge soll der Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes, Hodge, zurückgetreten sein. — Bezeichnend für die stöhrliche Wendung in der Lage ist die Tatsache, daß während im Unterhaus im Laufe der Debatte über die Streiklage der Arbeiterführer Clynnes dem Haus darlegte, daß es ein Akt der Treulosigkeit von Seiten des Arbeiterbundes sein würde, die Bergarbeiter im Stich zu lassen, das Parlament mittelweg Leslie dem Präsidenten des Seemannsbundes, Wilson, die Nachricht brachte, daß der Arbeiterbund die Bergarbeiter im Stich gelassen habe. Diese Nachricht verbreitete sich rasch im Hause. Clynnes erfuhr sie erst, als er seine Rede beendet hatte.

London, 15. April. (Reuter.) Thomas teilte mit, er habe den Bergarbeiterbund davon in Kenntnis gesetzt, daß es für angemessen erachtet worden sei, daß die Bergarbeiter den von Hodge gestern gemachten Vorschlag annehmen sollten. Er finde es deshalb nicht für gerechtfertigt, den Eisenbahnern den Streikbefehl zu erteilen. Die Transportarbeiter hätten den Eisenbahnern zugestimmt.

London, 15. April. (Reuter.) Hodge teilte mit, daß als Ergebnis der Streiklage der Eisenbahner und Transportarbeiter beschlossen worden sei, sofort eine Konferenz der Vertreter aller Kohlengruben für morgen einzuberufen.

### Deutschland.

#### Zur preussischen Regierungsbildung.

Berlin, 16. April. Nach Ansicht der Blätter dürfte Ministerpräsident Stegerwald im Laufe des heutigen Tages ein Geschäfts- und Uebergangsmministerium bilden, bei dem es sich aber nur um ein Provisorium handele.

Die Fraktion der S. P. D. erklärte in einer gestrigen Sitzung daß sie gegen ein Geschäftsmministerium in die schärfste Opposition treten werde.

#### Die Arbeiterschaft zur Wiedergutmachungsfrage.

Berlin, 16. April. Eine Groß-Berliner Funktionärerversammlung der S. P. D. nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Die deutsche Arbeiterschaft ist bereit, die volle Verantwortung für alle berechtigten Wiedergutmachungsforderungen zu übernehmen. Diese Wiedergutmachungspflicht muß aber beschränkt sein durch die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und darf nicht dazu führen, die deutsche Arbeiterklasse für Generationen zu wirtschaftlicher Sklaverei zu verurteilen. Friedensvertrag und Londoner Beschlüsse geben über diese Grenzen weit hinaus. Die Anwendung militärischer Gewalt durch die Machthaber der Entente dient nur dazu, die Reaktion und den Kapitalismus in allen Ländern zu stärken und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der internationalen Arbeiterschaft herabzudrücken.

#### Reichstagsabgeordneter Erzberger

sprach in München-Grabbach vor einer etwa 3000 Personen zählenden Versammlung über den christlichen Solidarismus. Bei der großen Mehrheit der Versammlung fand die Rede ungeteilten Beifall. Im Laufe des Diskussions kam Abgeordneter Erzberger auch auf die Vorgänge beim Abschluß des Waffenstillstands und auf das Eingreifen des Generals Ludendorff bei seiner Einleitung zu sprechen.

#### Entschlossene Antwort.

Berlin, 16. April. Im preussischen Landtag haben die Kommunisten einen Antrag auf Mißbilligung der Haltung der Regierung während des letzten Kommunistenaufstands eingebracht. Da sie aber nicht die nötigen 30 Unterschriften hatten, haben sie die unabhängige Fraktion um Unterstützung ersucht. Laut „Freiheit“ hat die Fraktion dieses Verlangen mit folgender Begründung abgelehnt: Unsere Fraktion ist nicht in der Lage, in der gegenwärtigen Situation der V. R. P. D. eine irgendwie geartete Unterstützung und sei es auch nur durch Hergabe von Unterschriften, zu gewähren.

#### Streitende Brüder!

Berlin, 16. April. Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, hat die Zentrale der V. R. P. D. Paul Levi wegen großen Vertrauens-



bruchs und schwerer Paralyse, begangen durch seine Broschüre „Unser Weg wider den Putzschismus“, aus der Partei ausgeschlossen und ihn aufgefordert, sein Reichstagsmandat niederzulegen.

### Die Zwangswirtschaft

wandelt auf allen Weinen. In Kürze dürfte sie als lebensunfähig ganz zusammenbrechen. Dann wird man über diesen Wirtschaftsabschnitt sich Rechnung legen. Es wird eine schreckliche Bilanz geben und mancher wird große Augen machen. Die Zwangswirtschaft hat nämlich in allen ihren Sparten sehr groß verdient. Ein kurzer Rückblick auf die Zwangswirtschaft in Milch und Butter beweist das. Die Milch- und Butterzwangsbewirtschaftung hat eine sehr eintägige Geschichte: Zuerst hat man das „Kriegsaus- schuß für Dele und Fette“ gekauft. Dieser Kriegsaus- schuß sah, wie alle seine Brüder, seine Aufgaben im „Erfassen“ aller Fette, und als er genügend erfasst hatte, verkaufte er im Herbst 1919 nicht weniger als 509 000 Zentner nach England. Die Zeitschrift „Margarine- Industrie“ berechnete den Schiebergewinn auf mindestens 100 Mil- lionen Mark. Dieser Kriegsaus- schuß erließ auch im Dezember 1919 die amtliche Warnung: „Der Olivenöl billiger als wir verkauft, wird vom Kriegsaus- schuß unter Befehlsgabe der Waren streng be- strafte.“ Freie Bahn dem Lichten! — — — Da das Geschäft für Schön glug, eröffnete man eine Filiale unter der Firma „Kriegsaus- schuß für tierische und pflanzliche Fette“ und bald kam als dritte im Lande die vielgeliebte „Reichsstelle für Speisefett“ hinzu. Doppelt genügt hält besser und dreifach reißt nicht. Wer waren die Diktatoren dieser Fettegewalt? Darüber weiß der „Allgemeine Nahrungs- mittel- und Genussmittelanzeiger“ zu berichten. 1. Herr Pössel, 35 Jahre alt, L., aber unabhörmlich, weil einzige Autorität in der Fettverförmung. Er war nämlich Manufakturist und bei Ausbruch des Krieges Parteisekretär. 2. Herr Getreidemaler Cohn, aus dem- selben Grunde unabhörmlich, und 3. Herr Rechtsanwalt Mayer. Als 4. kam Herr Reg.-Rat Knecht hinzu, der die Hunderte Ver- ordnungen in juristische Form kleiden und die Geschäftsförmung mög- lichst bürokratisch aufziehen mußte. Die erste Tat dieser Herren war wirtschaftlich bahnbrechend. Sie kauften nämlich von einer Berliner Firma für 800 000 Mark Teppiche. Herr Pössel, der bis dahin 18 000 M. jährlich verdient hatte, leistete sich einen Teppich für sein Privatbüro zu dem damals unerhörten Zugpreis von 12 000 M. Alles zu einer Zeit, als Millionen Männer in Schlamm und Dreck im Schützengraben liegen mußten. Zu den Teppichen gehörten natürlich die Klubstühle, zu den Klubsesseln sehr viel Silberzeug und zum Silberzeug allein zwei Beute, die es täglich nach den Diners zu putzen hatten. Herr Pössel „erfasste“ nicht nur die Milch und Butter, sondern auch die Milch- kammern und Butterfässer usw. Von dem Tag an aber, seitdem sie erfasst waren und nur noch durch die Reichsstelle für Speisefette be- zogen werden durften, kosteten sie genau das Dreifache, als am Tage vorher. Daß durch eine solche Wucherpolitik einem 67-Milionen- Reich Milliarden aus der Tasche gezogen werden, kann man sich an der zehn Fingern ausrechnen. Von der Sachkenntnis der Herren Pössel, Cohn und Mayer und der vielen Geheimräte pp., die später zu ihrem Stab gehörten, konnte man sich allerdings viel ver- sprechen ... Die erste Weidebutte legte man auf Vorrat in Kühl- häuser. War sie dann nach Monaten verdorben, wie z. B. in Leip- zig in diesem Winter 109 000 Faß, so verkaufte man sie aber mit gutem Gewinn an die Seifensabrikanten. In Hamburg konnten die Wäcker im vorigen Winter soviel Butter beziehen, als sie wollten. Sie kostete 19 M. das Pfund. Sie war mehr als ranzig, aber man war ja im Geschmack nicht mehr verwöhnt. Verärgert und Er- bittert haben im Kriege im Braufen der Braven den Sieges- willen gelähmt und so hat auch die unselige Zwangswirtschaft in Milch und Butter ein vollgerichtetes Maß von Schuld am Zusam- menbruch der Heimat.

### Überführung der Leiche der Kaiserin.

Amsterdam, 16. April. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Doorn die Leiche der früheren Kaiserin wird Sonntag Abend gegen 1/3 Uhr von Doorn nach Maarn gebracht werden. Der Zug wird Montag früh 9.45 Uhr Maarn verlassen und über Ede-Arnheim—Zevenaar nach Deutschland fahren.

### Bermischtes.

#### Gestohlene Zigarettensteuerbanderolen.

München, 16. April. Aus den Kellerräumen des Hauptzoll- amts München II wurde durch Einbruch 10 677 Bogen Zigaret- tensteuerbanderolen im Gesamtwert von 943 968 M. gestohlen. Es handelt sich um Steuerbanderolen zu 20, 30, 40 und 50 Pfennig.

#### Schneefall.

Essen, 15. April. Nach dem heißen Wetter der letzten Tage ist gestern plötzlich ein Witterungsumschlag eingetreten. Heute hat es fast den ganzen Tag geschneit und die Landschaft bietet bei einem Grad über Null ein winterliches Bild.

#### Bereinigung deutscher Auslandslehrer.

D. N. F. Die gesteigerte Bedeutung des deutschen Schulwesens im Auslande und die jetzt mehr als je notwendige Vertretung der In- teressen der Auslandslehrer haben bewirkt, daß sich die ehemaligen und die noch drauhen tätigen Auslandslehrer und -lehrerinnen jeder Vorbildung zur „Bereinigung deutscher Auslandslehrer“ zusammen- getan haben. Wie notwendig dieser Zusammenschluß war, haben die erfolgreichen Bemühungen um die Aenderung des auch für die Aus- landslehrer so wichtigen Gesetzes, betreffend das Dienstentkommen der Lehrer in Preußen bewiesen. Die Arbeiten der nächsten Zeit be- zwecken, die Erfahrungen, die die bisherige segensreiche Tätigkeit unserer Auslandschulen gezeitigt hat, mehr als früher für die Kollegen im Auslande und für die, welche hinausgehen sollen, nutzbar zu machen. Jeder Auslandslehrer, auch der ehemalige, sollte seine Er- fahrungen in den Dienst der Auslandschulfrage stellen; denn jeder ist Sachverständiger für den Ort, wo er drauhen tätig gewesen ist. Meldungen an den Schriftführer: Lehrer Walter Weber, Charlotten- burg, Knokestraße 44/45, oder an den Vorsitzenden: Rektor Ludau, Kölnlauswischerstraße bei Berlin.

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Kommunalverband Calw.

##### Bekanntmachung betr. Zucker.

In der Versorgungszeit vom 16. April bis 15. Mai ds. Js. kommen pro Kopf der Bevölkerung wiederum 500 Gr. Einmachzucker zur Verteilung. Die Zuckermenge für obigen Zeitraum wird daher mit 1150 Gramm bewertet.

Für die Verteilung des Einmachzuckers haben die im „Calwer Tagblatt“ Nr. 59 vom 12. März ds. Js. angeführten Bestimmungen Geltung.

Die Groß- und Kleinhandelspreise werden bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

- 1. Großhandelspreis für Würfelzucker M. 665.— p. 100 Kilo.
- 2. Kleinhandelspreis M. 3.90 p. Pfund.
- 3. Großhandelspreis für „Eristall“ etc. Zucker M. 650.— p. 100 Kilo.
- 4. Kleinhandelspreis M. 3.85 p. Pfund.

Der Großhandelspreis für „Eristall“ etc. Zucker erhöht sich bei An- bruch um M. 1.50 p. 100 Kilo. Diese Preise gelten als Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Klage ist darüber geführt worden, daß die Kleinhändler den Zucker bei der Abholung beim Großhändler nicht sogleich bezahlen. Heute noch sind Kleinhändler mit der Bezahlung des Zuckers, welchen sie für die Zeit vom 16. März bis 15. April erhalten haben, im Rückstand. Dies ist nicht angängig. Sollte sich dies wiederholen, dann wird dem betr. Kleinhändler der Zuckerverkauf entzogen werden.

Calw, den 14. April 1921.

Kommunalverband: Oberamtmann G. S.

### Die „Scheintod-Pistole“.

Ein geheimnisvoller Diebstahl versetzt das Publikum der Riviera in die größte Aufregung. Der Inhaber einer berühmten franz. Modefirma Doucet wurde des Nachts in einem Hotel in Nyon, ohne daß ihr Schlaf im geringsten gestört war, ein Su- wenschnur in Wert von einer Million Frank gestohlen. Man nimmt an, daß die Diebe dabei ein neuartiges Instrument verwen- deten, das bei einem in Nizza verhafteten Holländer Dejong gefun- den wurde. Dieses Instrument, das den Namen „Scheintod-Pistole“ führt, ist geräuschlos und hat drei Röhren, aus denen drei verschiedene Gase abgefeuert werden, deren Bestandteile noch nicht festgestellt sind. Ist eine solche Pistole in einem Zimmer abgefeuert, dann ver- senkt sie die dort befindlichen Personen in einen etwa 10 Minuten währenden scheinodähnlichen Schlaf, der aber nicht die geringsten schlimmen Folgen hinterläßt. Der Holländer, bei dem dieses neue Diebeswerkzeug gefunden wurde, hat mit ihm eine andere Räuberei ausgeführt, scheint aber an dem Jewelendiebstahl bei Frau Doucet unbeteiligt zu sein. Die Polizei nimmt an, daß es sich hier um eine große internationale Verbrechergesellschaft handelt, in der „ökstische“ Elemente eine große Rolle spielen und die vielleicht die gefährlichste derartige Vereinigung ist, der man bisher auf die Spur gekommen.

### Operation als Lugus.

Die Tätigkeit des Chirurgen erscheint uns als eine der wichtigsten und notwendigen im menschlichen Leben, und es ist daher höchst überraschend, zu erfahren, daß auch dieser Berufszweig von der jetzt herrschenden Wirtschaftskrise betroffen werden soll. Ein eng- lischer Chirurg aber behauptet dies in einem Londoner Blatt, indem er die Gründe für die Geschäftsflöckung untersucht, die bei den eng- lischen Chirurgen gegenwärtig herrscht. „Die Chirurgen in London und in der Provinz haben jetzt außerordentlich wenig zu tun, und dies röhrt von der Ungunst der Zeiten her,“ so schreibt er. „Eine Operation kann unter Umständen ein gewisser Luxus sein. Beson- ders die zahlreichen Operationen, die nicht unbedingt notwendig sind oder aus kosmetischen Gründen vorgenommen werden, sind nur wohlhabenden Leuten möglich, und je mehr Leute Geld überflüssig haben, desto mehr lassen sie sich aus derartigen Gründen operieren. Die Entfernung des Kropfes geschieht vielfach aus Schönheitsgrün- den, und diese Operationen sind jetzt sehr eingeschränkt. Andere chirurgische Eingriffe dagegen, bei denen es sich um unmittelbare Lebensgefahr handelt, sind natürlich der Günst oder Ungunst der Zeit nicht unterworfen. Eine Blinddar- oder Krebsoperation, bei der es sich für das Leben des Patienten um Tage und oft sogar um Stunden handelt, wird jeder an sich vollziehen lassen, der es nur irgendwie kann, und diese Operationen haben daher nicht abgenom- men. Zweifellos ist also auch die Chirurgie von der wirtschaftlichen Lage abhängig, und die schlechten Zeiten sind der Hauptgrund dar- für, daß die Chirurgen jetzt so wenig zu tun haben.“

### Zus Stadt und Land.

Calw, den 16. April 1921.

#### Vom Rathaus.

\* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Ge- meinderats statt. Da die landwirtschaftlichen Organisationen es abgelehnt hatten, für die Milch einen bestimmten Grundpreis in Vorschlag zu bringen, hat das Ernährungsministerium verfügt, daß vom 16. April ab ein Erzeugergrundpreis von 1.30 M. zu gelten hat. Auf diesen Grundpreis kommt ein Vertragszuschlag von 20 S., sodann ein Frühlingslohn von 5 S., weiterhin 5 S. für Samm- stellerkosten, sodas der örtliche Großverkaufspreis (drau- sen am Ort) 1.60 M. beträgt. Auf dieser von der Regierung fest- gesetzten Grundlage haben bisher Verträge abgeschlossen Alzenberg, Altburg, Altblach, Holzbronn und Spessart, während ein Ver- tragsabschluß mit Stammheim unmittelbar bedorft. Neuweiler wird wohl nachfolgen. Der Vorsitzende machte nun für die Fest- setzung des Verbraucherpreises, die durch die Stadt zu erfolgen hat, folgenden Vorschlag. Auf den örtlichen Großverkaufs- preis von 1.60 M. muß ein Frühlingslohn von 12 Pfennig auf das Liter geschlagen, weiterhin 1/4 Pfennig für Frachtkosten, für den Fahr- lohn in der Stadt vom Bahnhof zur Sammelstelle 2 Pfennig, für sonstige Unkosten 5 Pfennig, für Umfahneuer 2 1/2 Pfennig, Kamm- miete 2 Pfennig, für die Abgabestelle 3 Pfennig, sodas ein Ver- braucherpreis für Vollmilch von 1.85 M. herauskommt. Nicht be- rechnet ist damit die Entlohnung des Verwalters der Milchzentrale, die Instandhaltung derselben, der Gefäße usw. Für W a g e r m i l c h

wurde ein Erzeugerpreis von 60 S. festgesetzt. Drauf ein Frühlings- lohn von 5, für Sammelstellkosten 5, für Frühlingslohn 9, für Umfah- neuer 2 1/2, für Umfahneuer 1 1/2 Pfennig zu schlagen sind, sodas ein Verbraucherpreis für Vollmilch würde sich von 37 auf 40 Pfennig erhöhen. Da- her betrug der Verbraucherpreis für Vollmilch 1.50 M., für W a g e r m i l c h 65 Pfennig. Der Vorsitzende machte im Hinblick auf die Neuberechnung des Verbraucherpreises darauf aufmerksam, daß die Übernahme von Mehrkosten in Höhe von nur einigen Pfennigen pro Liter auf die Stadt angesichts eines künftigen Umsatzes von monat- lich 100 000 M. eine zu starke Belastung bedeuten würde. Gegen die auf der Regierungsverfügung aufgebauete Berechnung des Verbrau- cherpreises wurden Einwendungen nicht erhoben, dagegen wurden wiederholt Klagen in bezug auf die Qualität der Milch geführt, und auch gewünscht, daß die Abgabestellen an die Einhaltung des Milch- preises eine scharfe Kontrolle nach allen Seiten angebracht sei. — Die Selbstkosten der Gaserzeugung sind dadurch erhöht worden, daß der Verkaufspreis für Teer, der vor wenigen Wochen noch 263 M. betrug, heute auf 115 M. heruntergegangen ist. Im letzten Jahr be- trugen die Einnahmen für Teer 100 000 M., sodas also im laufenden Jahre hier mit einer Mindereinnahme von über 50 Prozent zu röh- nen ist. Weiterhin habe die Erhöhung des Kohlenpreises ab 1. April einen Mehraufwand von rund 27 000 M. zur Folge gehabt, der sich aus der Preissteigerung von 23 M. pro Tonne und einem Ver- brauch von 1200 Tonnen ergibt. Die von 1. April ab in Kraft tretende Frachterhöhung für die Kohlenzuföhr erfordert einen Mehraufwand von 20 000 M. Preisermäßigend wirkte die Anschaffung der Labemaschine, die einen Jahreslohn von 15 000 M. erspart, ferner der günstige Teerverkauf im letzten Jahre, und daß das Bett zur Zeit mit Kohle gut versorgt sei. Zumeist sei der Mehrauf- wand sehr bedeutend, sodas ohne eine wesentliche Erhöhung des Gaspreises nicht mehr auszukommen sei. Der Vorschlag für 1921—22 sehe bei dem zur Zeit bestehenden Gaspreise von 1.25 M. für Calw und 1.30 M. für Hirsau, sowie bei einem Kokspreise von 21 M. pro Ztr. an Gesamteinnahmen 582 000 M. vor, darunter 365 000 M. für 290 000 cbm Gas, 125 000 M. für 8200 Ztr. Koks an Private, und 30 000 M. für Belieferung der städtischen Be- amten und Anstalten, 40 000 M. für Teer, sowie eine Kops- steuerrückvergütung von 5000 M. An Ausgaben sind vorgese- hen 390 000 M. für 1200 Tonnen Kohlen einschließlich 60 000 M. Kop- lensteuer, für Kopsfracht (einschließlich der Erhöhung) 55 000 M., für Arbeitslöhne einschließlich 5200 M. Kinderzulagen 65 200 M., für Unterhaltungskosten des Werks 20 000 M., für den Anschaf- fungslohn der geringe Summe von 5000 M., insgesamt 608 310 M., sodas sich ein Abmangel von 26 160 M. ergibt. Nach einer Umfrage bei 52 württembergischen Gaswerken beträgt nach dem alten Kops- und Frachtpreis der durchschnittliche Gaspreis 1.59 M. Die Gas- werksverwaltung schlägt nun auf Grund dieser Berechnungen a) 1. April eine Gaspreissteigerung von 1.25 M. auf 1.40 M. für Calw, und von 1.30 M. auf 1.50 M. für Hirsau vor. Der in der weiteren Materialpreissteigerung begründete Antrag wurde genehmigt. — Der vor einiger Zeit von G. R. S. anwald angeregte Vorschlag einer Verpachtung des städtischen Schotterwerks im Falle einer nicht genügenden Rentabilität, die durch die Notwendigkeit einer Weiterbeschäftigung der Arbeiter im Winter verursacht werden könnte, wurde infolge einer entsprechenden Anfrage des Steinbrechers Johannes Dengler von Stammheim durch den Vorsitzenden zur Erörterung ge- stellt. Der Vorsitzende bemerkte, daß eine Veräußerung der Arbeiterfrage mit der Rentabilität eigentlich nicht gemacht werden sollte, denn die Arbeiter würden doch anderweitig nutzbringend beschäftit, und daß ohne diese Einrechnung Aussicht auf Rentierung bestei. Nach längerer Aussprache über den eventuell abzuschließenden Pachtvertrag wurde beschlossen, in Rücksicht auf etwaige Calwer Inter- essenten die Verpachtung auszuschreiben. Eine Kennzeichnung des Vertragsentwurfs dürfte sich daher vorläufig erübrigen. — Für die Unterhaltung zu zählende Vergnügungen soll ein weiterer Zuschlag von 50 Prozent zur Vergnügungssteuer erhoben werden. Ausgeschlossen sollen sein Tanztröngchen von Vereinen. Seit 1. Juli 1920 gingen 10 000 M. Vergnügungssteuer ein; die neuerliche Erhöhung soll noch weitere 3500 M. einbringen. Von diesem Mehrerlös sollen 500 M. für belehrende Jugendfilme verwendet werden. — Die Gebühren für die Leichenschau wurden für die erste Bestattung auf 10 M., für zwei Bestattungen auf 15 M. festgesetzt. — Nach der vom Stabs- baurat vorgelegten Abrechnung über die Kosten des Einbaus in des Medizinalrat Müllersche Gebäude betragen diese 77 938 M. und decken sich fast vollständig mit dem Vorschlag. Durch den Umbau wurden 3 neue Wohnungen geschaffen. Im Zusammenhang mit dieser Mitteilung bemerkte der Vorsitzende, daß nach einem neuen Erlass alle Ausgaben für Kleinwohnungsbaue steuerfrei seien. — Der Antrag der städtischen Beamten auf Einführung der Durcharbeitszeit am Samstag wurde genehmigt. Die Beamten werden also an diesem Tage um 1 Uhr geschlossen; dafür wird die Arbeitszeit an den andern Werktagen entsprechend verlängert. — Einem Antrag von G. R. Maier entsprechend hatte sich das Stadtschultheißenamt die Listen über das Ergebnis der äch- tlichen Untersuchungen in den Schulen beschafft, nach denen festgestell- wurde, daß der allgemeine Gesundheitszustand nicht so sehr un- günstig in Calw sei, obwohl partielle organische Schwächen und Krankheitserscheinungen natürlich zu konstatieren sind. Nicht ge- nügende Ernährung, Nervosität, Rachitis und Skrofulose sind hier und dort festgestellt worden. Der Vorsitzende bemerkte dazu noch, daß wie überall auch in hiesiger Stadt die Lungentuberkulose zuneh- men habe. — Der Bezirkswohltätigkeitsverein teilt mit, daß ihm von der nun beendeten Sammlung „Deutsche Kinderhilfe“ ein größerer Betrag zugeteilt worden sei, und empfiehlt die Bildung eines Ausschusses, der bei der Namhaftmachung bedürftiger Kinder und Verteilung mitwirken solle. Für den Ausschluß wurden vorgeschlagen: Frau G. R. Konz, Dekan Zeller, Stadtpfarrer Legtius, Oberarzt Dr. Vaeuße, Rektor Beutel, Hauptlehrer Legner, Dr. Metzger, Bernwarder Prof., ein Vertreter der Gewerkschaften, die Kinderdokter, ein Stadtschweizer und die beiden Gebammen.

gehen zurzeit in Stadtkonfirmanden in Stutt den Gründen. Das daß an diesen Gerichte wahres Wort sei und Fall je vorlag noch vor verbreiten von Geri ten zu lassen, wenn oftmals nur böswillig unläutere Motive die ist Silber, Schweiger

**Deutsche**

In Dresden ist eine erlung und erzieherisch werden verspricht. Der Dresden A 24, Rabene das Bildnis in den D lebens zu stellen, den S und Edles auch im Ki auf diesem Gebiet zu b allerlei Kinderleben“ dem Erleben ein lebe- teren Reihe durch ver- dem Anderleben für d wachsenden Kindes wer

Mit Sorge dachten Schillinge. Wenig F Wienzählern zugewie Winter nur ausreichte, Honig zur Verfügung mehr Nahrung, wenn si men Wintern gerne de aus ihren Wohnungen u wahr, daß seine Liebli Winter gekommen sind, in den letzten Tagen au umschlag, dann wird d

(StB.) Stuttgart, über den Etat füllten d wie bei dieser Gelegenhe

**Bezirksamt**

für die Oberamts- Lebertrage 161 Offene Stellen

A) für männliche Person 2 landm. Dienstknecht bis 18 Jahre alt, 1 Schäfer, 1 Schneider; b) für weibliche Person mehrere Dienstmädchen, 1 Zimmermädchen.

Calw, den 14. Ap

**Bezirksamt der Kriegsbeschäftigtenhinterbliebenen**

Die Hauptfürsorge- holfähigkeitsbescheide des Schloßhau- Wer von dieser Wohl- will, wird gebeten, sich stelle Calw (Sprechstun- tag vormitt. 8—11 Uhr)

**Stadtge**

Am Donnerstag, d waltungen Distr. Altwig

Langholz (St. u. Ta) Säguolz Langholz (Förden) Säguolz

Die bedingungslose 1921 sind verschlossen u „Angebot bis Donnerstag, den 2 nachmittags bei der S öhung der Angebote er welcher die Bienden an durch das Waldmeistera

**Zu v**

1 schöne Konz Kleiderschränk (hoch) 3/4 Gr. 1 großer noch 1 Partie Blum und Klünger Wo, sagt die Gef







**Bayerische Elektrizitäts-Anleihe.**

**Bayernwerk Aktiengesellschaft.**

4 1/2 % mündelsicheres vom Jahre 1926 ab zum Nennwerte rückzahlbares Anlehen von M. 300 000 000.— vom Jahre 1921 sichergestellt durch den jetzigen und zukünftigen Besitz der obigen Gesellschaft und durch die Bürgschaft des mit seinem Gesamtvermögen für Kapital und Zinsen haftenden Staates Bayern.

Durch Vertrag vom 5. April 1921 ist unter überwiegender Beteiligung des bayerischen Staates die

**Bayernwerk Aktiengesellschaft**

gegründet worden. Der Sitz der Gesellschaft ist München; ihre Dauer ist zeitlich nicht begrenzt.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt Mk. 100 000 000.— und ist zur Hälfte einbezahlt.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Oktober bis 30. September. Das erste Geschäftsjahr endet mit dem 30. September 1921.

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung des rechtsrheinischen Bayerns und benachbarter Gebiete mit Elektrizität, und zwar durch Bezug, Erzeugung, Verteilung und Abgabe des elektrischen Stromes, sowie die Beteiligung an verwandten Unternehmungen in jeder Form, endlich die Erwerbung und Verwertung von der Elektrizität dienenden Rechten aller Art, einschließlich des Erwerbs von Eigentum und anderen Rechten an Grundstücken.

Das Bayernwerk hat den Zweck, die großen Stromerzeugungsanlagen in Bayern durch Höchstspannungsleitungen unter sich und mit den Hauptverbrauchsgebieten zu verbinden. Zunächst soll es vom „Walchenseewerk“ und von der „Mittleren Isar“ erzeugte Energiemengen über das rechtsrheinische Bayern an die Großstromverteiler und durch diese an die Industrie, das Gewerbe, die Landwirtschaft, kurz an alle Groß- und Kleinverbraucher in Stadt- und Landgemeinden zu Kraft-, Licht-, Heizungs- und sonstigen Zwecken verteilen. Auch für die Pfalz wird das Bayernwerk diese Aufgabe im nachgenannten Wege durch Vermittelung der dazwischen liegenden Länder erfüllen. Außerdem soll es die überschüssigen Leistungen der übrigen bestehenden und weiterhin auszubauenden bayerischen Wasserkraftwerke, sowie die mit Kohlen vorteilhaft erzeugten Dampfkraftwerke aufnehmen, und schließlich darüber hinaus den Zusammenschluß mit den Stromerzeugungs- und Verteilungsanlagen in Württemberg, Baden, in der Pfalz, in Hessen, Thüringen und Sachsen bewirken.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird ein sich über das rechtsrheinische Bayern erstreckendes 100 000 Volt-Leitungsnetz errichtet. Seine Leitungen führen, ähnlich den Hauptlinien eines Eisenbahnnetzes, vom Walchenseekraftwerk bei Kochel nach München zum Anschluss der Stadt München und der oberbayerischen Ueberlandwerke, von da über Landshut, in dessen Nähe die Grosskraft der „Mittleren Isar“ aufgenommen wird, durch das fruchtbare Niederbayern nach Regensburg und Amberg in die an Erz, Kohle und anderen Bodenschätzen reiche Oberpfalz, nach den Kreisen Mittelfranken und Schwaben mit den industriereichen Städten Nürnberg und Augsburg, sowie nach Ober- und Unterfranken mit den ebenfalls eine rege Industrie aufweisenden Städten Hof, Bamberg, Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg.

Auf diese Weise wird das Bayernwerk einen weitgehenden Ausgleich zwischen den verschiedenen Energiequellen und damit eine möglichst vollkommene Ausnutzung der bestehenden und künftigen Kraftwerke Bayerns herbeiführen. Die im Winter unter Wassermangel leidenden Niederdruckwasserkraftwerke des Alpengebietes (Isar, Lech, Inn usw.), die im Sommer ihre grösste Leistung aufweisen, werden durch die Speicherwasserkraftwerke und durch die im Winter die grösste Wassermenge führenden Flussläufe der nördlichen Mittelgebirge, wie z. B. durch den Main, sowie durch die Kohlenkraftwerke, die bisher nur unvollkommen ausgenutzt werden konnten, kommen damit künftig bis zu einem sehr hohen Grade zur Verwendung und in ihren wirtschaftlichen Vorteilen voll zur Geltung.

Das Bayernwerk führt somit als ideale Transportanlage elektrische Arbeit, überwiegend aus Wasserkraften erzeugt, in die Hauptverbrauchsgebiete Bayerns und erspart dadurch in weitem Maße den Bezug teurer Kohle, die dadurch für andere dringende Zwecke frei wird.

Die Baukosten des Bayernwerkes belaufen sich einschließlich der 100 000 Volt-Transformator- und Schaltanlage des Walchenseewerkes, bei einer Trassenlänge von rund 1000 km und bei Errichtung von 12 Haupttransformatorstationen unter den gegenwärtigen Preisverhältnissen auf rund 450 Millionen Mk.

Damit ist es möglich, schon im ersten Ausbau mit einfach aufgelegten Leitungen eine Höchstleistung von 60 000 Kilowatt und eine Jahresarbeit von mindestens 200 Millionen Kilowattstunden zu verteilen. In der Folge kann die Anlage ohne Errichtung neuer Leitungsstrecken und Transformatorstationen, lediglich durch das Auflegen einer zweiten Leitung auf die gleichen Leitungsmasten und durch eine Vermehrung der Transformatoren, auf die dreifache Höchstleistung und die vier- bis fünffache Jahresarbeit und darüber ausgebaut werden.

Mit der Trassierung der Bayernwerkleitungen wurde im Juli 1919, mit dem Bau im September 1920 begonnen. Von den erforderlichen 4500 eisernen Gittermasten sind 1000 fertiggestellt, weitere 2000 in Arbeit, der Bau der Transformatorstationen ist vorbereitet, Einzelne Strecken des Bayernwerkes sollen bereits im Herbst 1921, das Gesamtwerk nach Fertigstellung des Walchenseewerkes im Herbst 1923 in Betrieb genommen werden.

Der innere Wert des Bayernwerkes ist beträchtlich, denn seine Anlagen bestehen zum größten Teil aus eisernen Masten, Leitungseisen aus Kupfer und Aluminium und aus den wertvollen Transformatoren und Einrichtungen der Umspann- und Schaltwerke.

Das Bayernwerk erfordert verhältnismäßig wenig Bedienung und Unterhaltung. Seine Ausgaben, die neben den Stromeinkaufskosten überwiegend aus der Verzinsung, Tilgung und Abschreibung der Anlagekosten bestehen werden, können durch die Zuschläge Deckung finden, die auf den Preis des bezogenen Stromes beim Weiterverkauf zur Bestreitung der Uebertragungskosten einschließlich der Energieverluste gemacht werden müssen und im Wettbewerb mit Wärmekraftwerken auch in der Zukunft gemacht werden können.

Der bayerische Staat wird mit dem Bayernwerk einen Staatsvertrag abschließen, der dem Bayernwerk auf die Dauer seines Bestehens unter anderem das Recht zur Führung seiner Starkstromleitungen mit Zubehör auf, über und unter Staatsgrund, öffentlichen und Staats-, Privatgewässern und staats-eigenen Anlagen innerhalb des rechtsrheinischen Bayerns sichert.

Zur Beschaffung der für den Ausbau erforderlichen Mittel gibt die Bayernwerk-Aktiengesellschaft

M. 300 000 000.— mit 4 1/2 % vom Hundert verzinsliche,

vom Jahre 1926 ab zum Nennwert rückzahlbare Schuldverschreibungen aus, die durch den jetzigen und zukünftigen Besitz der Aktiengesellschaft und durch die Bürgschaft des mit seinem Gesamtvermögen für Kapital und Zinsen haftenden Staates Bayern sichergestellt, also mündelsicher sind.

Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber und gelangen in folgenden Stücken zur Ausgabe:

Mk. 500.—, 1 000.—, 2 000.—, 5 000.—, 10 000.— und 20 000.—

Die Verzinsung beginnt am 1. Juli 1921; die Zahlung der Zinsen erfolgt halbjährig, jeweils am 1. Januar und 1. Juli.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen wird zum Nennwerte im Wege der Auslosung, beginnend mit dem Jahre 1926, mit jährlich mindestens 1/2 % vom Hundert des ursprünglich ausgegebenen Betrages zuzüglich der ersparten Zinsen aus den eingelösten Schuldverschreibungen vorgenommen. Die Auslosungen erfolgen im Monat Juli zum 31. Dezember eines jeden Jahres, erstmals im Juli 1926 zur Heimzahlung am 31. Dezember 1926.

Die Schuldnerin ist befugt, vom 1. Juli 1921 ab verstärkte Auslosungen vorzunehmen oder auch die sämtlichen noch ausstehenden Schuldverschreibungen mit einer Frist von 6 Monaten zu kündigen.

Die Bayerische Staatsregierung hat auf Grund der ihr vom Bayerischen Landtag in der Sitzung vom 18. März 1921 erteilten Ermächtigung durch Vertrag vom 9. April 1921 die Bürgschaft für Verzinsung und Heimzahlung der von der Bayernwerk A.-G. auszugebenden Schuldverschreibungen übernommen.

Das Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe hat gemäß § 795 B.G.B. die Genehmigung zur Ausgabe dieser Inhaberschuldverschreibungen mit Entschliessung vom 13. April 1921 erteilt.

Die Schuldverschreibungen sind gemäß § 1807 Abs. 1 Nr. 3 B.G.B. im gesamten Gebiete des Deutschen Reiches zur Anlage von Mündelgeldern geeignet. Mit Bekanntmachung der Staatsministerien des Innern, für Unterricht und Kultus und der Finanzen vom 12. April 1921 wurde die Anlage der Gelder der Gemeinden und Ortschaften, der gemeindlich oder ortschaftlich verwalteten oder der sonstigen örtlichen Stiftungen, dann der Kultusstiftungen und Kirchengemeinden in diesen Schuldverschreibungen gestattet.

Die Anleihe soll zunächst an der Münchener Börse eingeführt werden. Die im Vorstehenden beschriebenen

4 1/2 % mündelsicheren Schuldverschreibungen der Bayernwerk Aktiengesellschaft

werden hiernit zur **öffentlichen Zeichnung** unter folgenden Bedingungen aufgelegt:

Zeichnungs-Stellen sind die sämtlichen deutschen Banken, Bankiers, Bankgeschäfte betreibenden Genossenschaften, die Girozentralen und die Sparkassen.

Zeichnungsscheine sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen. Der Zeichnungspreis beträgt 98 % unter Verrechnung der Stückzinsen zuzüglich Schlussnotenstempel.

Die Zeichnung findet in der Zeit vom 18. April bis 12. Mai 1921 statt. Ein früherer Zeichnungsschluss bleibt vorbehalten. Die Zuteilung erfolgt baldmöglichst nach Zeichnungsschluss. Die bis zur Zuteilung bereits bezahlten Beträge gelten als voll zuteilend.

Die Zeichner können die gezeichneten Beträge vom 30. April 1921 ab bezahlen. Sie sind verpflichtet: 30 % des zugewiesenen Betrages spätestens am 31. Mai 1921, 30 % des zugewiesenen Betrages spätestens am 31. Juli 1921, 40 % des zugewiesenen Betrages spätestens am 30. Sept. 1921 zu bezahlen. Beträge bis zu Mk. 5000.— sind sogleich voll abzunehmen.

Die Stücke werden mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt.

München, im April 1921.

**Bayerische Staatsbank.**

Verstärktes Frühstück aus guter Familie sucht von Selbstgeber 300 Mk. gegen tägliche Mündelsicherheit und monatliche Rückzahlung. Diskretion erwünscht. Zuschriften unter G. M. 97 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Verkauf am Dienstag um 1 Uhr gebrauchten **Doppel-Kochofen** innen und außen helz- und kochbar mit Doppelöfen, samt Ofenrohr und Stein billigst **C. Straits, Althengstett.**

**Parbett-Linolenmische** Marke „Vene“ gelb u. weiß **Bodendi** (geruchlos) empfiehlt **H. Hauber.**

2 tältige **Zimmer-Leute** können sofort eintreten bei **Friedrich Nonnenmann, Unterreichenbach.**

**la Wagenfett** (Klappen- u. Kronenfett) **Tranlederfett** empfiehlt **H. Hauber.**

Lichtspieltheater Badischer Hof.  
Samstag abend 8 Uhr u. Sonntag mittag 3 Uhr:  
**Das Rätsel der Gegenwart**  
Gewaltiger Defektivschlager mit Beiprogramm.  
Die Sonntag Abend-Vorstellung fällt wegen anderweitiger Veranstaltung aus. Daher Samstag Abend Vorstellung.

Am nächsten Sonntag, den 17. ds. Ms., macht der **Musikverein Unterreichenbach-Neuhausen** einen **Tanz-Ausflug** in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Unterhaugstett, wozu Freunde und Gönner des Vereines herzlich eingeladen sind. Der Vorstand.

**Kameraden 127er.**  
Am Sonntag, den 17. April, von 3 Uhr ab treffen sich alle ehemaligen 127er in dem Gasthof zur „Schwanen“ in Calw.  
Für alle im Oberamt Calw wohnenden Kameraden ist es Pflicht zu dieser **Versammlung und gefell. Beisammensein** zu erscheinen. Ein ehemaliger 127er.

Rütenbach, den 16. April 1921.  
**Todes-Anzeige.**  
Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater **Daniel Pfommer sen. Schuhmacher** heute früh 7 Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden, sanft in dem Herrn entschlafen ist.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Beerdigung Montag Mittag 2 Uhr in Zavelstein.

Sommenhardt, den 15. April 1921.  
**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir während der langen Krankheit und beim Hinscheiden meiner geliebten Gattin, unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Christina Schroth geb. Dür** erfahren durften, für die tröstlichen Worte des Herrn Stadtpfarrers am Grabe und für die vielen Krankenbesuche, dem Herrn Hauptlehrer sowie den Mädchen für den ergebenden Gesang; den Herren Ehrenträgern sowie für die Begleitung von Nah und Fern zu ihrer letzten Ruhestätte, sagen hiernit unsern innigsten Dank.  
Der trauernde Gatte **Jakob Schroth** mit den Hinterbliebenen.

Schluss der Anzeigen-Annahme 8 Uhr.

**Die Vorberere**  
der neuen deutj...  
Berlin, 16. April. ...  
das Reichsamtstres Dr. ...  
das Deutschland noch v o ...  
großen Reparationsredm ...  
Verständigung mit den ...  
herr Briand, Frankrei ...  
Sigung des Kammeraus ...  
der Erörterung neuer Z ...  
starker Betonung ver ...  
nehme und nur von den ...  
Vorschläge hören wolle. ...  
gen versichert, daß man ...  
wolle, und auf dem Um ...  
auf amtliche deutsche In ...  
„United Press“ bekannt, ...  
und der der Vereinigten ...  
ein Arrangement beginne ...  
ten Verpflichtungen der ...  
land übernommen wüde ...  
noch einen äußersten Be ...  
Ausgleich zu schaffen, d ...  
wird, wie auch auf die ...  
nimmt. Die neuen deut ...  
Ministers Dr. Simons l ...  
arbeitet wurden, trag ...  
hauptsächlicher Inhalt ...  
die sich zur Uebermittlun ...  
kan — nach Washington ...  
Schulübernahme, der in ...  
genannt wird, bildet dabe ...  
die Zusage zur Seite, d ...  
Anleihe, bei der stell ...  
nur denkbaren realen Sie ...  
sch zur Feststellung seine ...  
scheidung unpartei ...  
würde. Auch die seit l ...  
neue bestimmte Anerbiete ...  
fürten Gebiete vor ...  
Alternativvorschläge erw ...  
nem Gewissen dem 1. M ...  
bahin alle nach ihrer Ue ...  
sachlichen Auseinander ...  
mordrohten Sanktionen ...

**Die militärischen**  
Paris, 16. April. ...  
mit, der gestrigen Ber ...  
Bericht des Mozschalls ...  
des Ministers Louche ...  
unterscheldet der Mar ...  
ginn der Behebung d ...  
berem Zahl eine hohe se ...  
später begnügen könne ...  
der Truppen nicht über ...  
zum 1. April am Rhein ...  
aber müsse man 2 Jah ...  
**Eine französische**  
Paris, 17. April. ...  
late": Gestern hat im ...  
und zwar öffentlich mit ...  
ten einige offiziöse Bl ...  
den. Die feste Hand wi ...  
sch vorwärts bewegen. ...  
Scheins und der Schrei ...  
Frankreich ist nicht zw ...  
ganze Welt ihn will. —  
deutung in Frankreich.  
**Französische Presse**  
Paris, 17. April. ...  
Schluß der Konferenz im ...  
Vorschläge ausarbeiten, ...  
unterbreitet werden sol ...  
tungen bis dahin nicht ...  
ang abhalten, an der u ...  
nehmen werden. Das